SITZUNG

Gremium:	Stadtrat
Sitzungstag:	Dienstag, den 18.07.2017
Sitzungsort:	Mehrzweckraum, Adam-Riese-Halle
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	20:51 Uhr

Von den 25 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern des Stadtrates waren 19 anwesend, 6 entschuldigt, - nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes; Fortsetzung der Abwägung und Beschluss der Öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Bauleitplanung; Aufstellung eines Bebauungsplanes "Uetzing - Am Theisenort", Aufstellungsbeschluss
3. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2015
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2017 des Zweckverbandes Wasserversorgung Banzer Gruppe
5. Anmeldung des Bedarfs an Ausrüstungsgegenständen für die Freiwilligen Feuerwehren im Stadtgebiet
6. Sonstiges öffentlich

Nicht öffentlicher Teil

Begrüßung

Erster Bürgermeister Kohmann eröffnete die Sitzung und stellte nach Begrüßung der Anwesenden die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Öffentlicher Teil

TOP 1	Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes; Fortsetzung der Abwägung und Beschluss der Öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 06.03.2017 bis 05.04.2017 durchgeführt. Die dabei eingegangenen Stellungnahmen wurden mit den Planungsabsichten der Stadt gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen. Die Abwägung für den Bereich der Stadtteile wurde in der Sitzung am 20.06.2017 durchgeführt. Für den Bereich der Kernstadt erfolgte dies in der Sitzung am 18.07.2017.

Danach ist die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange des überarbeiteten Planentwurfes gem. §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB zu beschließen.

29. Bad Staffelstein-Süd**29.6/29.7/29.9 LRA Lichtenfels**

Im Zusammenhang mit den geplanten Nutzungen muss darauf hingewiesen werden, dass für den Bereich der früheren Bauschuttdeponie noch die Fragen zur Endabdeckung der Bauschuttdeponie nach der Tekturgenehmigung vom 27.07.2004 im Bereich der bestehenden PV-Anlage zu klären sind. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass bei der Erweiterung des SO Photovoltaikanlage die Fragen zur Gründung der Unterkonstruktion der neuen PV-Module auf der Endabdeckung der Bauschuttdeponie zu klären sind, damit die Funktion der Oberflächenabdichtung nicht beeinträchtigt wird.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Hinweise zur Kenntnis. In der Begründung soll auf die noch offenen Fragen hingewiesen werden.

Die Rekultivierung wurde im Zuge eines Planfeststellungsverfahrens geregelt. Derzeit laufen die Abstimmungen für die Erdabdeckung und die Unterkonstruktionen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

29.1 Staatliches Bauamt

(1) Außerhalb des Erschließungsbereiches von Staatsstraßen besteht gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke ein Bauverbot und gemäß Art. 24 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 40,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke eine Baubeschränkung. Die entsprechen-

den Zonen sind im Bauleitplan dargestellt. Bei der Weiterentwicklung von Bebauungsplänen sind diese Grenzen zu beachten.

- (2) Die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ist ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen. Unmittelbare Zugänge oder Zufahrten von den Grundstücken zur Staatsstraße sind nicht zulässig.

Beschluss:

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. bei Baugenehmigungsverfahren ist darauf zu achten, dass die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen sind.

Die Bauverbots- und -beschränkungszonen sind in die Planzeichnung einzutragen und in der Begründung zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

30. Bad Staffelstein - West

30.8/30.9/30.2/30.3 LRA Lichtenfels

In den Fällen Stadel (Nr. 4.2), Schönbrunn (Nr. 9.2), Grundfeld (10.2) und Bad Staffelstein (Nr. 30.8 und Nr. 30.9) rücken Wohngebietsausweisungen an stark befahrende Schienenwege bzw. Straßen heran.

Im Fall Schönbrunn ist das Erfordernis für Schallschutzmaßnahmen durch entsprechende Signatur bereits im Plan enthalten. In den Fällen Stadel und Grundfeld ist das nicht gegeben, obwohl hier die in der DIN 18005 genannten Orientierungswerte eines allgemeinen Wohngebietes nicht eingehalten werden können. Daher ist eine entsprechende Signatur im Flächennutzungsplan aufzunehmen. Aus Sicht des Lärmschutzes wird empfohlen, die in Schönbrunn und Grundfeld dargestellten Ausgleichsflächen im Nahbereich der Lärmquellen für die Errichtung aktiver Schallschutzmaßnahmen zu nutzen.(...)

Bei der geplanten Wohngebietsdarstellung am Frankenring (Nr. 30.8 und 30.9) ist das Erfordernis für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen noch zu überprüfen, da dem Landratsamt hier keine aktuellen Verkehrsdaten zur Verfügung stehen.

Die Änderungen unter Punkt 30.2 und 30.3 im Fortschreibungsverfahren des Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Staffelstein betreffen u.a. des Grundstück Fl.Nr. 2122/1, Gemarkung Bad Staffelstein. Dieses ist unter der Katasternummer 47800462 als Altlastverdachtsfläche im Altlastverdachtsflächenkataster des Landkreises Lichtenfels eingetragen. Auf dem Grundstück befand sich die alte Kläranlage der Stadt Bad Staffelstein.

Beschluss:

In der Begründung ist darauf hinzuweisen, dass die Flächen Nr. 30.8 und 30.9 von Verkehrslärm betroffen sein könnten und dass vor der Realisierung der Bebauung gegebenenfalls aktive Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen sind.

Die Altlastenverdachtsfläche (alte Kläranlage) soll in der Planzeichnung gekennzeichnet und in der Begründung beschrieben werden. Derzeit wird eine Gefährdungsabschätzung durch einen Fachgutachter durchgeführt. Das Bauleitplanverfahren für die Flächen Nr. 30.2 und 30.3 ruht derzeit. Die angrenzende Altlastfläche „Unteranger“ hat auf diese Flächen keinen Einfluss, da sie außerhalb der Grundwasserfließrichtung (aus Richtung Altlast) liegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

31. Bad Staffelstein - Kurbereich**31.1 Regionaler Planungsverband Oberfranken-West**

Im Kurbereich von Bad Staffelstein ist ein Sondergebiet Hotel Nr. 31.1 geplant. Dieses liegt im Grünzug "im Maintal bei Bad Staffelstein" der nach Ziel B I 1.5.2 (bisher B I 3.2) als siedlungsgliedernde Freifläche und wohnortnahes Erholungsgebiet von Bebauung freigehalten werden soll.

Das geplante Sondergebiet liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu bestehenden Freizeiteinrichtungen (Campingplatz mit Badesee und Freizeitbad) sowie in der Nähe des Kurparks und des daran anschließenden Kurbereichs. Somit stellt das Vorhaben eine Ergänzung zum bestehenden Freizeit- und Tourismusangebot dar. Aufgrund dieser bereits bestehenden Nutzungen wird der Charakter des Grünzuges durch die Planung insgesamt nicht grundlegend geändert und seine Funktionsfähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigt. Aus regionalplanerischer Sicht werden deshalb keine Einwendungen erhoben.

Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Wasserwirtschaftsamt Kronach

Alle weiteren Wasserschutzgebiete sind in den Planunterlagen nicht dargestellt. Diese wären entsprechend zu ergänzen. Im Einzelnen betrifft dies folgende Wasserschutzgebiete:
- Wasserschutzgebiet für die Flachbrunnen I bis V im Hauptort (Pläne Nr. 31 und 32)

Beschluss:

In die Planausschnitte sind die Wasserschutzgebiete einzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

31.5 Die bisher als Grünflächen im Flächennutzungsplan enthaltenen Teilflächen 593/1, 597 und 598 der Gemarkung Staffelstein sind als solche wegen der Lage im Wasserschutzgebiet für die Flachbrunnen I bis V zu erhalten. Eine Umwidmung zu „Sonderflächen Kurbereich“ wird fachlich nicht befürwortet (vgl. Nr. 31.5 im Planausschnitt 31. Bad Staffelstein Kurbereich).

Beschluss:

Für die Fläche Nr. 31.5 wird ein Bebauungsplan aufgestellt, in dessen Rahmen die wasserwirtschaftlichen Belange behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

32. Bad Staffelstein - Nord

Wasserwirtschaftsamt Kronach

Alle weiteren Wasserschutzgebiete sind in den Planunterlagen nicht dargestellt. Diese wären entsprechend zu ergänzen. Im Einzelnen betrifft dies folgende Wasserschutzgebiete:

- Wasserschutzgebiet für die Flachbrunnen I bis V im Hauptort (Pläne Nr. 31 und 32)

In die Planausschnitte sind die Wasserschutzgebiete einzutragen.

32.3 Staatliches Bauamt

- (1) Außerhalb des Erschließungsbereiches von Staatsstraßen besteht gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke ein Bauverbot und gemäß Art. 24 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 40,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke eine Baubeschränkung. Die entsprechenden Zonen sind im Bauleitplan dargestellt. Bei der Weiterentwicklung von Bebauungsplänen sind diese Grenzen zu beachten.
- (2) Die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ist ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen. Unmittelbare Zugänge oder Zufahrten von den Grundstücken zur Staatsstraße sind nicht zulässig.

Beschluss:

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. bei Baugenehmigungsverfahren ist darauf zu achten, dass die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen sind.

Die Bauverbots- und -beschränkungszonen sind in die Planzeichnung einzutragen und in der Begründung zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Bayerischer Bauernverband

Im Planbereich befindet sich an der Bischof-von-Dinkel-Str. ein landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetrieb mit Rinder- und Geflügelhaltung. Der Betrieb besteht an dieser Stelle seit 1958 und braucht Erweiterungsflächen. Die Möglichkeit wird ihm durch die geplanten Flächenausweisungen und Straßenbaumaßnahmen (die nun über einen Bebauungsplan aufgeplant werden sollen) genommen. Die Ausweisung von Bauflächen in diesem Gebiet wird daher abgelehnt um die Betriebsentwicklung des Betriebes von Franz-Josef Teuchgräber nicht zu gefährden.

Zudem befinden sich weite Teile des aufgeplanten Gebietes (Flurname „Horlache“) im wasser-sensiblen Bereich.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Durch die aktuelle Fortschreibung des FNP werden im Bereich „Bad Staffelstein - Nord“ Bauflächenausweisungen (Nrn. 32.1 und 32.2) zurück genommen und bei bereits als Bauflächen ausgewiesenen Gebieten die Nutzungsarten verändert (32.3 und 32.5). Außerdem wird die Führung der Erschließungstrassen in den bereits bestehenden Bauerwartungsgebieten verändert (32.4).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

Max Gagel vom 03.04.2017

1. Das neue Bebauungsgebiet (...) bis zur Fa. Stich hatte ursprünglich eine Bebauung bis zur Straße und mit einer Straße längs zur Bahnlinie vorgesehen, jetzt sieht man nur noch Straßen; 3 Stück mit Kreisel und das Baugebiet ist deutlich kleiner geworden. Wo bleibt da die Verkehrsberuhigung?

Beschluss:

Die konkrete Festlegung der Straßenführung in den neuen Baugebieten wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung erfolgen. Im Flächennutzungsplan legt die Stadt ihre Entwicklungsabsichten fest. Die Darstellung der Erschließungsstraßen im Flächennutzungsplan hat den Zweck, mögliche Erschließungswege (von Bebauung) offen zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

2. Hinter dem Edeka soll ein Baugebiet entstehen, das bis zum Hochwasserdamm führt, das mit einem Grünstreifen auf meinem Grundstück endet und ich schon einen Teil (die Hälfte) an den Damm verloren habe und jetzt soll ich keine bebaubare Fläche mehr haben?

Beschluss:

Im Rahmen der Baulandumlegung (nach der Bebauungsplanaufstellung) werden die Erschließungslasten für die Grundstückseigentümer im Baugebiet umgelegt. D.h. Herrn Gagel werden anteilmäßig andere Flächen zugeteilt, wenn sein ursprüngliches Grundstück durch Verkehrsanlagen beansprucht wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

3. Im Flächennutzungsplan ist die Nord-Ost-Spange mit 2 Straßenführungen eingedruckt, eine weitere Skizze war in der Zeitung zu finden. Diese Straße durchschneidet alle Flächen die wir Landwirte vor der Flurbereinigung nach langen Verhandlungen bekommen haben. In dieser Zeit war die Autobahn als Umgehungsstraße (Umleitung) vorgesehen. Jetzt haben Sie entlang der Autobahn eine Lärmschutzmauer bekommen, die aber nicht viel bringt; da war der Naturbewuchs auf dem Damm viel besser. Ein Schildbürgerstreich ist es für die BAB-Behörde, dass man vor der Lärmschutzwand eine Umgehungsstraße baut um den Schwerlastverkehr mit dem erweiternden Gewerbegebiet bis zur Autobahnauffahrt Lichtenfels zu erschließen. Wenn kein Auto mehr in die Innenstadt mehr fahren darf, dann wird sie noch toter als sie schon ist.

Da bleibt für die Landwirte nicht mehr viel übrig. Oder das ist so gewollt. Früher war die Stadt gewerbeführend, jetzt Dank ihrer Politik und des Thermalbades ist sie nur noch ein großes Armenhaus. War das auch so gewollt? Zuletzt: um neue Baugebiete auszuweisen, sollte man erst einmal die Baulücken, die es reichlich gibt zu schließen.

Beschluss:

An der Nord-Ost-Verkehrsspange wurde die im bisherigen FNP dargestellte Trasse aufgehoben und dafür eine neue Linienführung dargestellt, die näher an die BAB herangeführt wurde, um schlecht zu bewirtschaftende Restflächen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1

Franz-Josef Teuchgräber, vertreten durch RA Dieter Czap, vom 03.04.2017

Mit beiliegender Vollmacht zeige ich an, dass ich Herrn Franz-Josef Teuchgräber anwaltlich vertrete. Namens und im Auftrag meines Mandanten wende ich gegen die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ein:

Mein Mandant ist hauptberuflicher Landwirt und unter anderem Eigentümer mehrerer Grundstücke Gemarkung Staffelstein.

Auf dem einen Grundstück der Gemarkung Bad Staffelstein betreibt mein Mandant seine landwirtschaftliche Hofstelle.

Der Betrieb wurde 1959 aus dem innerstädtischen Bereich dorthin ausgesiedelt, sieht sich aber durch die mittlerweile entstandenen Gewerbebetriebe östlich seines Grundstücks und die heranrückende Wohnbebauung im Westen wieder eingekreist. Die Landwirtschaft wird mit Milchviehhaltung und entsprechender Kälbernachzucht im Jahresmittel bis zu 50 Tieren und einer Freiland-Legehennenhaltung (300 Legehennen) neben dem Ackerbau betrieben. Die Tierhaltung erfolgt teilweise noch im Festmästverfahren. Insgesamt bewirtschaftet mein Mandant rund 42 ha Eigen- und Pachtland.

Der Betrieb ist demzufolge mit Geräusch-, Geruchs- und Staubemissionen verbunden.

Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes schreibt für den Bereich der genannten Grundstücke eine Mischgebietsnutzung vor, wobei das dargestellte Mischgebiet mit Balkenlinien durchschnitten wird, die in der entsprechenden Legende oder Zeichenerläuterung nicht aufgeführt sind. Vermutlich handelt es sich um vorgesehene Straßen (siehe Position 32.4), deren eine etwa in Süd-Nord-Richtung verlaufend im Süden bei der Bischof-von-Dinkel-Straße beginnt und bei einem nördlich liegend vorgesehenen Kreisverkehr endet, vorerst am Westrand des Grundstücks Fl.Nr. 821 verläuft, dann diagonal das Grundstück Fl.Nr. 822 anschneidet und durch den nördlichen Teil des Grundstücks Fl.Nr. 821 führt, die dortigen Grundstücke meines Mandanten zerschneidet, zu erheblichen Wirtschafterschwernissen führte und insgesamt auch nicht als notwendig angesehen werden kann.

Beschluss:

Im Flächennutzungsplan legt die Stadt ihre Entwicklungsabsichten fest. Die Darstellung der Erschließungsstraßen im Flächennutzungsplan hat den Zweck, mögliche Erschließungswege offen zu halten. Die konkrete Festlegung der Straßenführung in den neuen Baugebieten wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Es dürfte dann wesentlich sinnvoller sein - soweit überhaupt eine weitere Straßenführung erforderlich sein sollte - diese in etwa über die Grundstücke Fl.Nr. 810/3 und 831 der Gemarkung Bad Staffelstein darzustellen, zumal an einem Teil der Ostgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 831 bereits der Feldweg mit der Fl.Nr. 818 verläuft. Eine weitere Straßenführung am Nordende der jetzigen Bischof-von-Dinkel-Straße zu dem vorgenannten Kreisverkehr schneidet die Grundstücke Fl.Nr. 825 und 826 der Gemarkung Staffelstein, bedeutete für meinen Mandanten einen weiteren Flächenverlust und eine zusätzlich Wirtschafterschwernis.

Sollten die vorgesehenen Straßen einmal gebaut werden, müsste mein Mandant als Hauptanlieger mit erheblichen Erschließungskosten rechnen, der die Leistungsfähigkeit seines Betriebes bei weitem überstiege. Für die bisherige Herstellung der Bischof-von-Dinkel-Straße wurde seinerzeit das Grundstück meines Mandanten Fl.Nr. 821 der Gemarkung Bad Staffelstein mit einem Erschließungsbeitrag von mehr als 76.000,00 € belastet.

Beschluss:

Durch die aktuelle Fortschreibung des FNP werden im Bereich „Bad Staffelstein - Nord“ Bauflächenausweisungen (Nrn. 32.1 und 32.2) zurückgenommen und bei bereits als Bauflächen ausgewiesenen Gebieten die Nutzungsarten verändert (32.3 und 32.5).

Durch die Baulanddarstellung im FNP entsteht weder ein Baurecht noch ein Bauzwang. Die Grundstücke verbleiben im Eigentum des Landwirts und erhalten eine erhebliche Wertsteigerung.

Durch die Umwidmung der bisherigen geplanten Wohnbaufläche (Nr. 32.5) in eine gemischte Baufläche wird eine weniger empfindliche Nutzungsart in der Nachbarschaft des landwirtschaftlichen Betriebs ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Mein Mandant ist auch nicht mit der vorgesehenen Darstellung eines Mischgebietes im Bereich seiner Grundstücke einverstanden. Mischgebiete dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Damit ist eine Gleichrangigkeit wohnlicher Nutzung und einer gewerblichen Nutzung, die das Wohnen nicht wesentlich stört, gemeint. Bei einem emittierenden landwirtschaftlichen Betrieb muss dann aber mit Konflikten zu einer wohnlichen Nutzung gerechnet werden. Das sollte im Rahmen einer Flächennutzungsplanung vermieden werden. Es kommt hinzu, dass im nördlichen Bereich des Grundstücks Fl.Nr. 821 sich das letzte Feuchtgebiet von Bad Staffelstein befindet und dort Rebhühner, Kiebitze und Lerchen brühten und auch Feldhasen vorhanden sind.

Beschluss:

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird dem Arten- und Naturschutz Rechnung getragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Nach dem Teilplan 34. Bad Staffelstein Spange NO ist ein Teilstück der geplanten Umgehungsstraße vorgesehen, die im südlichen Bereich auf einer Teilfläche des Grundstücks meines Mandanten Fl.Nr. 1408 liegt.

Da diese Teilstrecke ohne größere Schwierigkeiten auch auf der Autobahn umfahren werden kann, ist für diese Teilstrecke als Umgehungsstraße von Bad Staffelstein keine Notwendigkeit zu erkennen und sollte von einer entsprechenden Darstellung im Flächennutzungsplan daher auch abgesehen werden.

Nach den Darstellungen des Flächennutzungsplans müsste mein Mandant - sollten diese realisiert werden - mit erheblichen Beeinträchtigungen rechnen und könnte er voraussichtlich seinen landwirtschaftlichen Betrieb an der bisherigen Stelle nicht mehr weiterführen. Er wäre daher mit einer erneuten Aussiedlung seiner Hofstelle auf Kosten der Stadt bei wertgleichem Flächentausch grundsätzlich einverstanden.

Beschluss:

An der Nord-Ost-Verkehrsspange wurde die im bisherigen FNP dargestellte Trasse aufgehoben und dafür eine neue Linienführung dargestellt, die näher an die BAB herangeführt wurde, um schlecht zu bewirtschaftende Restflächen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1

Hans Stich vom 05.04.2017:

Hinweis auf Bestandsschutz der Firma Schreinerei Hans Stich, Inhaber Hans-Rudolf Stich; Für den Gewerbebetrieb dürfen keine Einschränkungen (z. B. der zulässigen Lärmemissionen) entstehen.

Beschluss:

Die Bauflächenausweisung wird durch die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Umfeld der Schreinerei nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

33. Bad Staffelstein - Mitte**33.1 LRA Lichtenfels**

Im Fall der Wohngebietsausweisung in Bad Staffelstein (Nr. 33.1) wird darauf hingewiesen, dass sich in unmittelbarer Nähe ein Bistro und weitere gewerbliche Nutzungen befinden. Durch die Ausweisung eines Wohngebietes kann es auch hier zu Lärmkonflikten führen, da durch die Ausweisung eines Wohngebietes zwangsläufig höhere Lärmschutzansprüche von der Nachbarschaft abgeleitet werden. Hinzu kommt, dass auch die umgebenden, mit Wohnhäusern bebauten Flächen lediglich als Mischgebiet dargestellt sind, weshalb das Erfordernis einer kleinräumigen Wohngebietsdarstellung nicht nachvollzogen werden kann.

Beschluss:

Für die Fläche Nr. 33.1 existiert ein rechtskräftiger Bebauungsplan, zu dem keine diesbezüglichen Bedenken geäußert wurden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

34. Bad Staffelstein - Verkehrsspange Nord-Ost**LRA Lichtenfels**

Das Erfordernis der Darstellung von Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gilt auch für das geplante Gewerbegebiet (Nr. 34.3) südlich der St 2197. Hier werden aufgrund der fehlenden Lärmschutzschutzvorrichtungen an der BAB A 73 auch die maßgeblichen Orientierungswerte eines Gewerbegebietes überschritten.

Beschluss:

Das Gewerbegebiet (Nr. 34.3) wird mit einer Signatur versehen, derzufolge Maßnahmen gegen Lärmeinwirkungen zu ergreifen sind. Konkrete Maßnahmen sind im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

34.1 Staatliches Bauamt

- (1) Durch die geplante neue Verkehrsfläche (=OU) entsteht an den Anschlusspunkten der St 2204 straßenrechtlich eine neue Kreuzung im Sinne des Art. 32 Abs. 1 BayStrWG.
- (2) Die neuen Kreuzungen sind im Baurechtsverfahren zur OU im Einvernehmen mit dem Straßenbaulastträger der St 2204 zu regeln.
- (3) Die Stadt übernimmt alle Kosten für bauliche oder sonstige Änderungen im Zusammenhang mit der neuen Anbindung.
- (4) Die Gemeinde hat die entstehenden Erneuerungs- und Unterhaltsmehrkosten der Straßenbauverwaltung zu ersetzen.

Der Stadtrat nimmt die Hinweise zur Kenntnis.

34.2

- (1) Außerhalb des Erschließungsbereiches von Staatsstraßen besteht gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke ein Bauverbot und gemäß Art. 24 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 40,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke eine Baubeschränkung. Die entsprechenden Zonen sind im Bauleitplan darzustellen. Bei der Weiterentwicklung von Bebauungsplänen sind diese Grenzen zu beachten.
- (2) Die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ist ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen. Unmittelbare Zugänge oder Zufahrten von den Grundstücken zur Staatsstraße bzw. OU sind nicht zulässig.

34.3

- (1) Außerhalb des Erschließungsbereiches von Staatsstraßen besteht gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke ein Bauverbot und gemäß Art. 24 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 40,0 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke eine Baubeschränkung. Die entsprechenden Zonen sind im Bauleitplan darzustellen. Bei der Weiterentwicklung von Bebauungsplänen sind diese Grenzen zu beachten.
- (2) Nachrichtlich wird noch auf die 40m/100m-Zone der A73 verwiesen. Die entsprechenden Angaben sind bei der Autobahndirektion Nordbayern einzuholen und zu beachten.
- (3) Die verkehrliche Erschließung der Grundstücke ist ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz vorzusehen. Unmittelbare Zugänge oder Zufahrten von den Grundstücken zur Staatsstraße bzw. OU sind nicht zulässig.

Beschluss:

Die Bauverbots- und -beschränkungszonen sind in die Planzeichnung einzutragen und in der Begründung zu erläutern.

Die verkehrliche Erschließung der Grundstücke darf ausschließlich über das untergeordnete Straßennetz erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Verlegung der Verkehrsspanne NO, die entlang der A73 geplant war, ist aus landwirtschaftlicher Sicht sehr kritisch zu beurteilen. Bedingt durch die Topografie ist im Süden ein erheblicher Geländeeinschnitt erforderlich, der zu erheblichem Flächenverbrauch und zusätzlich beidseitig zum Entstehen unwirtschaftlicher Restflächen führt. Im weiteren Verlauf kreuzt die Trasse die Fahrsilos und Maschinenhalle des Vollerwerbsbetriebes Gagel aus Bad Staffelstein auf der Grundstück Nr. 955. Da die Fam. Gagel im Stadtbereich nur eine beengte Hofstelle hat, benötigt sie die Fläche und die Funktionsgebäude zur Erhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Die neue Straßenführung ist aus deshalb landwirtschaftlicher Sicht abzulehnen.

Beschluss:

An der Nord-Ost-Verkehrsspanne wurde die im bisherigen FNP dargestellte Trasse aufgehoben und dafür eine neue Linienführung dargestellt, die näher an die BAB herangeführt wurde, um schlecht zu bewirtschaftende Restflächen zu vermeiden.

Der FNP-Eintrag stellt lediglich eine Entwicklungsabsicht der Stadt dar, aus der kein Baurecht abgeleitet werden kann. Dazu ist ein Bebauungsplan bzw. ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, in dem u.a. auch die Belange der betroffenen Landwirte zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

Bayerischer Bauernverband

Es kommt in der vorliegenden Planung zu einer Umverlegung der Verkehrsspanne NO, die ursprünglich in weiten Teilen entlang der A73 geplant war. Dadurch steigt der Flächenverbrauch stark an und es kommt zu einer Zerschneidung von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Dadurch entstehen unwirtschaftliche Restflächen. Die geänderte Trassenführung wird daher abgelehnt. Zudem kreuzt die Trasse die Fahrsilos und Maschinenhalle des Vollerwerbsbetriebes Maximilian Gagel aus Bad Staffelstein auf der Flurnummer 955. Da Herr Gagel in der Stadt nur eine sehr beengte Hofstelle hat benötigt er die Fläche zur Aufrechterhaltung seines landwirtschaftlichen Betriebes. Die Ausweisung dieses Gebietes für Gewerbeflächen wird daher ebenfalls abgelehnt.

Beschluss:

An der Nord-Ost-Verkehrsspanne wurde die im bisherigen FNP dargestellte Trasse aufgehoben und dafür eine neue Linienführung dargestellt, die näher an die BAB herangeführt wurde, um schlecht zu bewirtschaftende Restflächen zu vermeiden.

Der FNP-Eintrag stellt lediglich eine Entwicklungsabsicht der Stadt dar, aus der kein Baurecht abgeleitet werden kann. Dazu ist ein Bebauungsplan bzw. ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, in dem u.a. auch die Belange der betroffenen Landwirte zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

34.1 PLE doc

Auflistung der betroffenen Versorgungsanlagen nach den laufenden Nummern der Änderungen zum Flächennutzungsplan:

betroffen: lfd. Nr. 34.1 - Bad Staffelstein - Verkehrsspanne Nord-Ost
 Ferngasleitung Nr. 1/129 der Ferngas Nordbayern GmbH (FGN),
 DN 100, mit Betriebskabel, Blatt 1, Schutzstreifenbreite 8 m

Die Ferngasleitung ist in die Planzeichnung einzutragen und in der Begründung zu erwähnen.

35. Staffelstein - Feuerwehrhaus und Bauhof**35.3 Deutsche Bahn AG**

Da sich die geplante Parkfläche in unmittelbarer Nähe zu den Gleisen befindet, könnte nach der Inbetriebnahme eine gewisse Gefahr durch von der Fahrbahn abkommende Straßenfahrzeuge und ihrer Ladung für die Bahnanlagen ausgehen.

Zur Vermeidung des Abirrens von Straßenfahrzeugen auf die Schienenstrecke sind daher Schutzvorkehrungen gemäß RPS und Merkblatt UIC 777-1 zu treffen (z.B. die Einrichtung von Stahlschutzplanken, Betonschutzwänden, Anpralldämpfern etc.) erforderlich. Diese sind von der Kommune oder dem Bauherren auf eigene Kosten zu errichten. Auf eine in diesem Zusammenhang ggf. erforderliche Bahnerdung wird hingewiesen.

Bei Parallellage zwischen Straße und Bahngleise sind Sicherheitsabstände entsprechend DS 800.001 Anlage 11 einzuhalten.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Beim Bau des Parkplatzes sind die Belange der Deutschen Bahn AG zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

Beschluss:

Nach den erfolgten Abwägungsbeschlüssen, die dem Protokoll als Anlage beigefügten Abwägungsprotokoll, das zugleich Bestandteil dessen ist, zu entnehmen sind, beschließt der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB auf Grundlage des überarbeiteten Planentwurfes (Stand 18.07.2017).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

TOP 2	Bauleitplanung; Aufstellung eines Bebauungsplanes "Uetzing - Am Theisenort", Aufstellungsbeschluss
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Herr Christian Dinkel hat mit Schreiben vom 16.06.2017 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für sein Grundstück Fl.Nr. 175/4, Gemarkung Uetzing, beantragt.

Die ca. 8.910 m² große Fläche am westlichen Ortsrand soll, wie bei der derzeit in Durchführung befindlichen Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes beabsichtigt, als allgemeines Wohngebiet (WA - § 4 BauNVO) ausgewiesen werden.

Im Falle des Aufstellungsbeschlusses soll die Bauverwaltung beauftragt werden, gemeinsam mit dem Antragsteller und dessen Planer einen entsprechenden Planentwurf auszuarbeiten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Uetzing – Am Theisenort“, gemäß dem Antrag von Herrn Christian Dinkel. Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück Fl.Nr. 175/4, Gemarkung Uetzing. Als Gebietstyp wird ein allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO) festgesetzt. Die Bauverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Antragsteller und dessen Planer einen auslegungsfähigen Planentwurf auszuarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

TOP 3	Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2015
--------------	--

Sachverhalt / Rechtslage:

Der örtliche Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Bad Staffelstein hatte im September und Oktober 2016 in mehreren Sitzungen die Jahresrechnung des Jahres 2015 geprüft. Der Bericht

des örtlichen Rechnungsprüfungsausschusses wurde der Verwaltung am 21.02.2017 mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt.

Die Kämmerei hatte daraufhin von den einzelnen Sachgebieten Stellungnahmen angefordert und eine Beantwortung des Berichts erarbeitet. Der Prüfbericht und die Stellungnahme wurden mit der Ladung zur HVA-Sitzung am 13.06.2017 allen Mitgliedern zur Einarbeitung zugegangen.

In seiner Sitzung am 13.06.2017 hatte sich der Hauptverwaltungsausschuss ausführlich mit dem Bericht sowie der Stellungnahme der Verwaltung befasst. Es wurde ein Empfehlungsbeschluss für den Stadtrat gefasst, der die Entlastung der Verwaltung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO vorsieht.

Der Stadtrat konnte also nunmehr die Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2015 beschließen.

Die Jahresrechnung 2015 wird zu gegebener Zeit auch noch im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband abschließend geprüft.

StR Pfarrdrescher, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bedankte sich bei der Verwaltung für die Unterstützung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt die Jahresrechnung 2015 der Stadt Bad Staffelstein fest und genehmigt nachträglich alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie nicht bereits im Einzelfall genehmigt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0

2. Für die Jahresrechnung 2015 wird die Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 0

Erster Bürgermeister Kohmann nahm nach Art. 49 GO nicht an der Abstimmung teil.

TOP 4	Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2017 des Zweckverbandes Wasserversorgung Banzer Gruppe
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Haushalt für den Zweckverband zur Wasserversorgung der Banzer Gruppe für das Jahr 2017 wurde erstellt und vorgelegt. Die Stadt Bad Staffelstein ist Mitglied in diesem Zweckverband und übernimmt seit dem 01.05.2015 auch die Geschäftsführung.

Die Verbrauchsgebühren im Bereich des Zweckverbandes Wasserversorgung Banzer Gruppe liegen seit 01.01.2017 bei 1,86 €/m³.

Der Verwaltungshaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 472.000 € (2016: 337.400 €) ab; der Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 71.100 € (2016: 68.900 €). Für Investitionen sind 2017 61.000 € vorgesehen (2016: 21.000 €). Größte Maßnahme ist die

Umstellung der Fernwirk- und Steuerungstechnik auf IP-Anschlüsse, die mit 160.000 EUR Gesamtkosten angesetzt ist. Im Jahr 2017 sind dafür 40.000 EUR eingeplant.

Es werden keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt. Eine Betriebskostenumlage bzw. Investitionsumlage wird im Haushaltsjahr 2017 - wie auch in den Vorjahren - nicht erhoben.

Die Haushaltssatzung sieht keine Kreditaufnahme vor. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 78.600 € (2016: 56.000 €) in der Haushaltssatzung festgesetzt.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan können bei Bedarf vorab in der Finanzverwaltung eingesehen werden.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der vorgelegten Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Banzer Gruppe.

TOP 5	Anmeldung des Bedarfs an Ausrüstungsgegenständen für die Freiwilligen Feuerwehren im Stadtgebiet
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Die Freiwilligen Feuerwehren im Stadtgebiet Bad Staffelstein haben nach Aufforderung ihre Bedarfsmeldungen an Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenständen für das Jahr 2017 abgegeben.

Aufgrund der Höhe wurden die Meldungen auf ihre Notwendigkeit überprüft und im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Bad Staffelstein überarbeitet.

Diese Prüfung wurde durch Herrn Kreisbrandinspektor Gerhard Elflein, Herrn Kreisbrandinspektor Siegfried Hammrich, Herrn Stadtrat Christian Ziegler in Zusammenarbeit mit dem federführenden Kommandanten Stefan Liebl, Frau Nicole Trapper sowie dem Gerätewart Roland Sahr und Heiko Gampert durchgeführt.

Um die Einsatzbereitschaft der 21 Freiwilligen Feuerwehren auch weiterhin zu gewährleisten, werden Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenstände für 43.903,21 € benötigt. Die Summe wurde durch den Vergleich von Angeboten der Firmen Ludwig Feuerschutz aus Bindlach, Massong aus Erlangen und Ziegler aus Mühlau ermittelt.

Für den allgemeinen Bedarf bzw. für die Anschaffung von Schutzkleidung sind im Haushalt die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Auf Anfrage von StR Ernst W. nach dem Beschaffungsstand der Funkausrüstung teilte Erster Bürgermeister Kohmann mit, dass alle notwendigen Beschaffungen in dem Bereich getätigt wurden. Es fehlt nur noch der staatl. Zuschuss für die Funkausrüstung. Innerhalb der nächsten 3 Jahre ist die Beschaffung von 68 Atemschutzanzügen geplant, informierte er das Gremium.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die Anschaffung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände für das Jahr 2017 mit einem Volumen von 43.903,21 €. Die Notwendigkeit wurde durch Herrn Kreisbrandinspektor Gerhard Elflein, Kreisbrandinspektor Siegfried Hammrich, Herrn Stadtrat Christian Ziegler, Herrn Kommandant Stefan Liebl, Frau stellv. Kommandantin Nicole Trapper sowie Herrn Gerätewart Sahr und Gampert in Zusammenarbeit mit Herrn Pospischil geprüft und festgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt die Ausrüstungsgegenstände bei den Firmen Ludwig, Massong und Ziegler zu beschaffen. Die Vergabe richtet sich nach dem jeweils wirtschaftlichsten Angebot.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0

TOP 6	Sonstiges öffentlich
--------------	-----------------------------

Nicht öffentlicher Teil

Im Anschluss folgte die nichtöffentliche Sitzung.